

Die Behauptungen des Karl Marx, die Lohnarbeit betreffend oder

„v“ – die ökonomische Größe im Kapitalismus, auf der die Produktion, das Wachstum und die Verteilung des Reichtums gründet

1. Die Abkürzung „v“ steht in der Kritik der politischen Ökonomie für *variables Kapital*. Also für einen Teil des Wertes, der von Kapitalisten (heute: Industrielle, Arbeitgeber, Investoren, Unternehmer...) in Geldform angelegt wird, damit er sich vermehrt (heute: sich die Investition rentiert, der Betrieb schwarze Zahlen schreibt, die Bilanz einen Gewinn ausweist...). Dieser Teil des Kapitalvorschusses zeichnet sich gegenüber dem constanten Kapital „c“ dadurch aus, daß er *seine Größe* und damit die der ganzen für den Betrieb ausgelegten Summe *verändert*.

Diese Eigenschaft, sich zu vermehren, ist natürlich nicht die der Geldsumme, sondern der mit ihr gekauften Ware; die *Arbeitskraft*, die da bezahlt wird, betritt in Gestalt eines Arbeiters (heute: Mit-/In) das Unternehmen, und die von ihm verrichtete *Arbeit* bringt unter Anwendung der Arbeitsmittel und -gegenstände, die das „c“ repräsentieren, Produkte hervor; diese bringen beim Verkauf durch ihren rechtmäßigen Eigentümer mehr Geld ein, als die Elemente des Produktionsprozesses gekostet haben. Der Grund für diesen als Zweck der freien Marktwirtschaft allgemein anerkannten Regelfall des Wachstums liegt laut Marx darin, daß die *Arbeit* Produkte hervorbringt, deren eigentümlicher Gebrauchswert darin besteht, zu *Geld* zu werden, daß sie also *Wert* schafft. Und zwar *mehr*, als die Bezahlung der Arbeitskraft ihren Anwender gekostet hat.

2. Diese Wirkung von „v“ wird durch die *Bezahlung* der Arbeitskraft auf der einen Seite, durch ihren entsprechenden *Einsatz* auf der anderen gesichert. Denn aus dem *Verhältnis* der *Kosten*, die der *Lohn* darstellt, zu dem Wert, den die *Arbeit* mit den zum Verkauf bestimmten Produkten hervorbringt, ergibt sich der Überschuß „m“ (Mehrwert), auf den es ankommt.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß die dem Arbeiter überlassene *Lohnsumme*, von der er seinen Lebensunterhalt bestreitet, erst einmal mit seiner *Arbeit und ihrem Ertrag* nichts zu tun hat. Also werden sie, um aus der Arbeitskraft variables Kapital zu machen, *aufeinander bezogen*. Im *Preis der Arbeit* wird der Kauf der Arbeitskraft mit der Bedingung versehen, daß ihre Anwendung die Mehrung des Kapitals bewirkt. Der *Arbeitslohn* entgilt den Wert der Ware Arbeitskraft, damit der Lohnarbeiter *produktive, eben Mehrwert schaffende Arbeit* verrichtet. Diese beruht zwar stets auf der Produktivität der Arbeit, die mit der Leistung des Arbeiters und den angewandten Arbeitsmitteln wechselt, definiert sich aber durch „Produktivität“ des Kapitals, d.h. modern, danach, wie *rentabel* die *Bezahlung von Arbeit* ausfällt.

Das Bezahlen von *Arbeit* dient also der Herstellung der Rentabilität, indem ein Maßverhältnis zwischen den Leistungen des Arbeiters und seinem Entgelt aufgemacht wird. Diese Zweckbestimmung des Arbeitslohnes ist im Kapitalismus ebenso geläufig, wie sie dauernd gelegnet wird. Einmal eingeführt, gilt die

Veranstaltung „Geld für Leistung“ als eine sinnreiche Erfindung zur Ermittlung dessen, was einem Lohnarbeiter gerechterweise zusteht.

3. Marx hat die Indienstnahme der Arbeit für die Erzeugung von „m“ „Ausbeutung“ genannt, die Steigerung der Exploitationsrate m/v als *das* Geschäftsmittel kritisiert, durch das die Eigentümer von Kapital ihr Recht auf Gewinn aus ihrem Vermögen durchsetzen.

Das hat schon zu seiner Zeit die Liebhaber des Kapitalismus nicht ruhen lassen, weil sie diese Art von sozialer Anklage unter Verbot stellen wollten. Ihren praktischen Maßnahmen gegen die aufkommende Arbeiterbewegung stellten sie die theoretische Zurückweisung zur Seite; und die Argumente, die da zustandekamen, waren so modern, daß sie heute noch für brauchbar erachtet werden. Und einige „Mißverständnisse“ von „Marx' Lehre“ haben sogar Eingang gefunden in die Arbeiterbewegung und nicht unwesentlich zu deren Ruin beigetragen – was heute freilich als ihr erfolgreicher *Einstieg in* die (politische) Mitgestaltung des Kapitalismus geschätzt wird.

a) Die „Ausbeutung“, die ihren Begriff in der Mehrwertrate hat, die der Lohnarbeit entspringt, ist keine *moralische Vorstellung* über einen „ungerechten Lohn“. Auch keine Beschwerde darüber, daß die ungerechte Bezahlung von Arbeitern vom Fehlen der Ideale „Freiheit und Gleichheit“ in der Welt des Privateigentums zeuge.

b) „Ausbeutung“ bezeichnet schlicht das *Produktionsverhältnis* von Kapital und Lohnarbeit; die Eigentümer von Kapital resp. Arbeit *sind* frei und gleich – diese rechtlichen Verhältnisse stellen auch keine Werte dar, die zu verwirklichen wären; sie sind als praktisch definierte Stellung im und zum Staat sehr real. Sie gehören als politische Voraussetzung unbedingt zu besagtem Produktionsverhältnis, an dem *nicht irgendwelche rechtlichen Unterschiede*, sondern der *materielle Gegensatz*, die sich ausschließenden Interessen der Klassen der Witz sind.

c) Die „Aneignung unbezahlter fremder Arbeit“ ist der vollzogene Zweck des Kapitals – so geht seine Vermehrung und *nur* so. Einen Antrag auf „gerechte Verteilung“ des in Geld gemessenen Reichtums wollte Marx auch und gerade mit dieser Formulierung nicht begründen; er bestand schließlich darauf, daß überhaupt nicht die Arbeit, sondern die *Arbeitskraft* bezahlt wird; die Form des Arbeitslohns hielt er für die dem Kapitalismus gemäße Weise, die Produktivität der Arbeit in den Dienst von „m“ zu stellen – und überhaupt für keinen Grund, die Parole „gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk“ zu wählen.

d) Denn soviel war Marx klar: Wenn die Arbeit dem Zweck gewidmet ist, *Wert* zu produzieren, der als Geld das *Maß des Reichtums* ist und die ausschließende Verfügung über ihn garantiert; wenn dieser Reichtum *mit den Anstrengungen und der Dauer* des Produzierens wächst – die Produktivkräfte der Arbeit also gar nicht für die bequeme Herstellung von reichlich Gebrauchswert und zugunsten der „disposable time“ zum Einsatz gelangen –, dann ist die Arbeit selbst nicht mit Reichtum verbunden. Die Lohnarbeiter, die mit ihren Diensten als abhängige Variable der Kapitalvermehrung – modern: der Wirtschaft und ihres Wachstums – verplant sind, haben mit der Produktivität ihrer Arbeit auch die Entscheidung über ihre Subsistenz und das Maß ihres Wohlstands an das Kapital abgetreten, das sie anwendet oder auch nicht.

e) Was schließlich die unzweifelhaft kritische Absicht des Wortes „Ausbeutung“ anlangt, ist gegen Marx damals wie heute nur das Dummste gut genug gewesen, um ihn zurückzuweisen. Gegen die Feststellung, die Lohnarbeiter des Kapitalismus seien inmitten des von ihnen geschaffenen Reichtums darauf festgenagelt, sich *als Arbeitskräfte* zu erhalten und nicht einmal dazu in der Lage; gegen die Behauptung, dies sei eine notwendige Konsequenz des Produktionsverhältnisses, in dem sie als „v“-Männer so oder anders ruiniert werden, läuft immer nur das einfältigste aller moralischen Gerichtsverfahren: *Verglichen mit* anderen Kreaturen in niederen Ständen – einst und heute anderswo – stehen sie doch prächtig da! Das Deuten auf Elendsgestalten verrät nicht nur den Maßstab, den man braucht, um den Lohnarbeitern des Kapitals wenigstens ideell zu solidem Wohlstand zu verhelfen. Es „widerlegt“ Marx mit einem Verbot, die Fragen zu klären, die zur Kritik am „System“ führen: ob, wie und warum die Lohnarbeit bei allem Reichtum, den sie schafft, eigentlich als „Lebensmittel“ taugt. Statt die Behauptung aufzustellen, die Menschen vor zweihundert Jahren und in fernen Kolonien seien genau so schlecht daran wie die Arbeiter bei VW, hat Marx eben dies getan: ermittelt, welche *Notwendigkeiten* im Kapitalismus herrschen. Um zu entscheiden, was gegen die mannigfaltige Not, die in den Reihen der arbeitenden Klasse auftritt, getan werden kann.

4. Daß Arbeiter in einen Betrieb gehen, *um* sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, ist eine Sache. Eine andere sind die *Bedingungen*, auf die sie da treffen. Das Verhältnis von Lohn und Leistung *ist* nämlich schon festgelegt, bevor ein Lohnabhängiger unter gründlicher Abwägung seiner Bedürfnisse entscheidet, welches Einkommen ihm die „unselbständige Arbeit“ eintragen muß. Der *Preis der Arbeit* ist mit dem *Arbeitsplatz* gegeben: Ein Geldquantum ist der extensiven und/oder intensiven Leistung zugeordnet (Zeit- und Stücklohn), und diese Leistung resultiert aus den Kalkulationen des Kapitals. Insofern ist jeder Arbeitsplatz ein *Angebot*, das mit einem *Diktat* verbunden ist. Nach der Seite des Geldes ist definiert, wieviel die Arbeitskraft wert ist; nach der Seite der Arbeit steht fest, wie sich ihr Verkäufer als variables Kapital zu bewähren hat. Daß dabei die Rechnung mit dem *Eigentum*, das sich das Recht auf seine Vermehrung organisiert, in *Gegensatz* zu den *Interessen der Arbeitskraft* gerät, ist kein Geheimnis. Viel Leistung für wenig Geld ist dem „Wachstum“ gemäß – das Umgekehrte entspricht den Bedürfnissen derer, die arbeiten, weil sie davon (gut) leben wollen. Die Höhe des gezahlten Lohnes hat zwar die Bestimmung „*Wert der Ware Arbeitskraft*“; als Geldquantum muß „v“ die Erhaltung des arbeitsfähigen Individuums gewährleisten, es zum Kauf der dazu notwendigen Lebensmittel befähigen. Diese Notwendigkeit schließt ein „historisches und moralisches Element“ ein; sowohl aus den „natürlichen Eigenschaften eines Landes“ als auch aus der „Kulturstufe“ bilden sich Gewohnheiten und Lebensansprüche der Arbeitsleute, deren Befriedigung entscheidend ist für den Willen und die Fähigkeit, regelmäßig zu arbeiten. Zugleich aber ist das Geldquantum „v“ für die Bedürfnisse des Kapitals eine *Schranke* – in der Kalkulation des Unternehmens sind dieselben Notwendigkeiten des Arbeiterlebens eine *Kost*, die nach den Regeln der Subtraktion den Überschuß mindert, also selbst nach Kräften gemindert wird.

5. Vom „*Wertgesetz*“, demzufolge der Wert der Waren das Produkt abstrakter Arbeit ist und sein Maß in der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit hat, halten

Kapitalisten mehr als VWL-Professoren. In ihren Maßnahmen zur Erzielung und Steigerung des Mehrwerts praktizieren sie es nämlich. Als Grund für diese Maßnahmen wissen sie die *Konkurrenz* anzugeben, der sie „ausgesetzt“ sind – daß sie mit ihrem *Kapital* und um *seine Vermehrung* konkurrieren, setzen sie stillschweigend voraus. Damit die *Notwendigkeiten* ihres Geschäfts als der *Vollzug eines Zwanges* durchgehen, dem sie ausgeliefert sind.

Die Hebel, die sie dabei in Bewegung setzen, laufen zielstrebig auf lauter *Korrekturen am Preis der Arbeit* hinaus, die der Arbeitskraft gar nicht gut bekommen.

Um beim Verkauf der Produkte, der auf der Konkurrenz der Warenpreise beruht, den geschäftsnotwendigen Überschuß zu erzielen, entdecken Kapitalisten stets ein und dasselbe Verfahren: Sie verändern den Produktionsprozeß, und zwar so, daß sich der *Wirkungsgrad der Arbeit* erhöht. Die Wirkung, um die es geht, ist die auf das Verhältnis von Kosten und Überschuß. Erzielt wird sie durch *Indienstnahme der Arbeitsproduktivität*, die dem Eigentümer der Produktionsmittel zusteht und den Lohnarbeiter, der für seine Arbeitskraft entgolten wird, nichts angeht. Die Zuordnung dieses Entgelts zu einem „Quantum Arbeit“ bedeutet schließlich nicht, daß die Arbeiter eine wie auch immer geartete Kosten-Nutzen-Rechnung zum Maßstab für Betriebsabläufe machen – umgekehrt sind sie als „Beschäftigte“ der technischen Organisation, der Arbeitsteilung und der Disziplin unterworfen, die sie antreffen. Mit der Bezahlung der Arbeitskraft verfügt der Kapitalist über deren Gebrauch wie über jedes andere Eigentum, und dies eben nach den Geboten seiner *Kosten-Nutzen-Rechnung*. Die ordnet der Lohnsumme eine Leistung zu – und daran ändert sich auch nichts, wenn diese Zuordnung 150 Jahre nach Marx „Arbeitsplatz“ heißt.

Das Steigern des Wirkungsgrads der Arbeit, das in zwei sich ergänzenden Verfahren zur *Produktion von Mehrwert* stattfindet, hat in dieser Form der Bezahlung von Arbeitskraft das adäquate Instrument:

a) Der *absolute Mehrwert* nimmt seinen Ausgang von einer gegebenen Organisation der Arbeit. Im Betrieb herrscht Ordnung, das Ineinandergreifen der Teilfunktion des Personals ist wie die Disziplin durch Aufsicht und Routine geregelt, und die Löhne der Beschäftigten sind ihren gewohnheitsmäßigen Leistungen zugemessen. Die produzierten Waren erzielen einen Preis auf dem Markt, der das vorgeschossene Kapital und einen Überschuß zurückfließen läßt. Die zahlungsfähige Nachfrage beweist dem Eigentümer des Kapitals, daß in seinen Waren *gesellschaftlich notwendige Arbeit* steckt, daß unter seiner Regie zusätzlicher *Wert* erzeugt wird, der ihm in Gestalt des erlösten Geldes zufällt. Insofern ist jede *Verlängerung der Arbeitszeit* das taugliche Mittel für die gesteigerte Verwertung seines Kapitals, weil diese Maßnahme die Umschlagsgeschwindigkeit erhöht. Die Weisheit, daß im Geschäftsleben Zeit allemal Geld ist, genügt als Ersatz für das Studium von Marx ohne weiteres – auch diese kalkulatorische Faustregel führt dazu, daß in kapitalistischen Betrieben das Gesetz gilt: *Es muß möglichst lange gearbeitet werden*.

Die Praktizierung dieses Gesetzes hat ihrerseits als eine bis heute gewahrte Tradition dazu geführt,

- daß eine Reihe von Arbeitergenerationen verschlissen war, bevor sie richtig angefangen hat, von der Lohnarbeit zu leben; das Recht der Herren über die

Produktionsmittel, den betrieblichen Stundenplan festzulegen, wurde so ausgenutzt, daß zur Wiederherstellung der Arbeitskraft die Lebenszeit nicht reichte;

- daß sich der Staat, der mit seiner Gewalt die Benutzung freier Lohnarbeiter durch das Kapital als seine ökonomische Grundlage eingeführt hat und betreut, zu seiner ersten großen sozialen Tat genötigt sah: Seitdem gibt es einen gesetzlich geschützten Normalarbeitstag;
- daß diese Regularbeitszeit bis auf den heutigen Tag von merkwürdig vielen Ausnahmen begleitet ist; sie hat sich nicht nur – Produktivitätsfortschritte waren da offensichtlich wenig bedeutsam – in einer schon recht betagten Fassung gehalten; man kennt auch für Überstunden und Sonderschichten einen anerkannten Grund: die Notwendigkeiten des Betriebs.

Der andere Grund dafür, daß Lohnarbeiter eine über das ansehnliche Maß des „Normalen“ hinausgehende Portion ihrer *Lebenszeit* in *Arbeitszeit* verwandeln lassen, ist genauso anerkannt: Der Normallohn für die Normalarbeitszeit ist ziemlich knapp bemessen. Mit der Bezahlung der Arbeitskraft in der Form eines Preises der Arbeit – pro Stunde oder pro Stück – ist eben auch die Bemessung des gezahlten Lohnes von der Rücksicht auf den Wert der Arbeitskraft emanzipiert. Die Notwendigkeiten des Arbeiterlebens, der Instandhaltung seiner Physis, die mit der Entwicklung der Produktion veränderten Bedürfnisse und ihre Konfrontation mit den Bedingungen des Marktes – all das ist ja ausdrücklich nicht berücksichtigt, wenn die Lohnhöhe als Geld für abgelieferte Leistung festgelegt wird. Diese Gleichgültigkeit gegen die Lebensbedürfnisse der Arbeiter wird praktisch wirksam in der Konkurrenz der Kapitalisten um die und mit den Arbeitern. Bei spärlichem Angebot, das der frühkapitalistische Arbeitskräftemarkt an für die Manufaktur, der Vorstufe der Industrie, brauchbaren, mit handwerklichem Geschick ausgestatteten Arbeitern bereithielt, konkurrierten Kapitalisten um die Meister des jeweiligen Faches – mit der Lohnhöhe. Diese dem Geschäftssinn entspringenden Gesichtspunkte der Leistungsgerechtigkeit wandten sie umgehend auf die reichlich verfügbaren Arbeitskräfte an, die offensichtlich mehr als ihre körperlichen Kräfte nicht zum Einsatz brachten. In der Differenzierung der Arbeitslöhne ist es – mit den später zur Blüte gebrachten „Argumenten“ von Leistung und Qualifikation – beschlossene Sache, den Wert der Arbeitskraft erstens abzusenken und zweitens den meisten Arbeitern nicht zu bezahlen.

b) Der *relative Mehrwert* entsteht, indem der Ertrag der Arbeit durch die Veränderung ihrer Organisation gesteigert wird, insbesondere durch die Einführung von Arbeitsmitteln, die die Arbeit produktiver machen. Auch dieses Verfahren stellt einen „Schluß“ dar – von der Konkurrenz auf dem Markt, die das kapitalistische Unternehmen bestehen will, auf den Produktionsprozeß, der unter seinem Kommando steht: „...und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf.“

Das Gesetz, von dem hier die Rede ist, lautet: *Es muß möglichst produktiv gearbeitet werden*. Allerdings nicht deswegen, weil es zuwenig gibt und die Arbeit zuviel vom Leben okkupiert, also zu beschwerlich ist. Sondern ausdrücklich zu dem Zweck, daß

sich die Produktion von Waren für den Markt in einer Vermehrung des Kapitals niederschlägt. Insofern bezeugt besagter „Schluß“ von der Konkurrenz auf die Produktion, vom Markt, der den gewinnbringenden Verkauf von Waren nicht zuläßt, auf die Arbeitsproduktivität erst einmal eines: Im Preis von Waren, die unverkäuflich sind oder nichts einbringen, steckt zuviel Arbeitszeit. Die „Gesellschaft“ jedenfalls, mit ihrem unerbittlichen Maßstab des Geldes, beweist dem Kapitalisten offenbar, daß an seinen Produkten zu lange gearbeitet worden ist. Diesen Mangel behebt er dann durch eine Produktivität, die sich als *gesellschaftlich notwendige* ausweist, indem ihr Produkte entspringen, die selbst dann rentabel zu verkaufen sind, wenn sie weniger kosten als ihre Vorgänger.

Das ist zwar klar, aber denen nicht geläufig, die denselben Tatbestand als Notwendigkeit verstehen und billigen dazu – als Notwendigkeit zur „Senkung der Produktionskosten“. Diese Vorstellung mag ja als Leitfaden für die Kalkulation in kapitalistischen Betrieben durchgehen, die enorme Summen aufwenden, um den Arbeitsprozeß so zu gestalten, daß die hergestellten Waren einen Kapitalüberschuß einzuhandeln gestatten. Als Alternative zur, gar als Widerlegung der Marxschen Erklärung des Mehrwerts taugt sie nichts. Denn zunächst einmal besteht die Senkung der „Produktionskosten“ in einer gewaltigen Vermehrung des angewandten Kapitals, und „gespart“ wird lediglich an den Lohnkosten, deren Senkung sich jedoch schwerlich mit der Steigerung des Vorschusses für Anlagen und Maschinerie verrechnen läßt. Das gemeinte und praktisch erzielte Resultat betrifft eine Verbesserung der Ware, die mit ihren nützlichen Eigenschaften nichts zu tun hat: das Verhältnis der für sie aufgewandten Kosten zum Überschuß, den ihr Verkauf einbringt.

Zustande kommt dieses geschäftsdienliche Verhältnis durch die Veränderungen in der Produktion, welche mit „*Senkung der Produktionskosten*“ so merkwürdig umschrieben und übergangen werden zugleich. Eine „*Steigerung des Überschusses*“ ließe sich schließlich genauso als Titel des Programms verwenden, scheint aber manchen Leuten schon zu nahe an Marx' Lehre zu liegen. Die Sache mit der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit als Quelle und Maß des Werts, der Differenz zwischen Wert der Arbeitskraft und ihrem Produkt als Grund für den Mehrwert – dergleichen Theorien sind in einer seltsamen Weise „unbestritten“: Gegenteilige *Auskünfte* über die *Herkunft des Überschusses*, der da erwirtschaftet wird, kommen nicht auf, weil die *Frage* danach gemieden wird. Stattdessen präsentiert die moderne VWL lauter Zeugnisse darüber, wie *gerechnet* wird bzw. werden muß, *damit* das „Wachstum“ zustandekommt. Und hält ansonsten die Erklärung des Mehrwerts für eine den „Sachgesetzen der Wirtschaft“ völlig unangemessene Entscheidung darüber, wem die Ehre gebührt... Das konnte jedoch Marx kaum im Sinn haben, als er die notwendigen Folgen des relativen Mehrwerts für die Lohnarbeit bestimmte:

- Die Aufgabe, der Kapitalisten die Maschinerie widmen, verweist die durchaus zutreffende Behauptung, daß Maschinen geeignet seien, die Arbeit zu erleichtern, ins Reich der frommen Wünsche. Mit der Zerlegung der Arbeit, die ein Produkt erheischt, in lauter einfache Teilarbeiten ist nicht Bequemlichkeit angesagt, sondern Tempo. Die *Intensivierung der Arbeit*, die die Bezahlung der Arbeitskräfte rentabler macht, wird die Schranken los, die mit Tätigkeiten

gegeben sind, die noch auf gekonntem Umgang mit Gliedmaßen und Werkzeugen beruhen. Also findet sie statt.

- Während die Einseitigkeit, mit der die Lohnarbeiter als „Anhängsel der Maschinerie“ beansprucht werden, ihren Nerven und der sonstigen körperlichen Verfassung gar nicht gut bekommt, klagen Soziologen und andere Künstler über die „Sinnentleerung“ der modernen Arbeit, was in Filme mit dem Titel „modern times“ mündet. Kapitalisten sehen die Sache etwas anders. Nachdem die andere Bestimmung der wertschaffenden Arbeit, *abstrakte Arbeit*, d.h. „Verausgabung von Hirn, Muskel, Nerv“ zu sein, praktisch wahrgemacht ist, besichtigen sie die *Leistung* ihrer Arbeitskräfte; und sie müssen feststellen, daß die Bezahlung der *Arbeit* als Maßstab der Entlohnung ernst genommen werden muß. So findet eine Bewertung der *Arbeitsplätze* statt, die minutiös ermittelt, welche Kräfte und Qualifikationen zum Einsatz kommen bzw. entbehrlich sind, wenn durch die Maschinerie die Produktivität bestimmt wird und nicht mehr durch individuelles Geschick. Letzteres reduziert sich auf Leistungen, die als Bewegungen und einseitige Kraftakte zu messen gehen und eine hochmoderne Differenzierung der Löhne zur Folge haben. Mit dieser Technik der „sachgerechten“ Lohnsenkung werden die Arbeitskräfte per Bezahlung dafür haftbar gemacht, daß das Kapital von ihnen nur bedingten Einsatz der Fähigkeiten verlangt, über die sie verfügen. Daß sie darüber – der Verschleiß nimmt zu mit der intensiven einseitigen Belastung – Schwierigkeiten bekommen, sich als Arbeitskraft zu erhalten, zählt zu den Erscheinungen der „modern times“.
- Die Arbeit kommt ihrer Zuständigkeit für die Rentabilität der gewaltigen Investitionen freilich auch im traditionellen Sinne nach: Die „Betriebsnotwendigkeiten“, die der schnelle Umschlag des Kapitals erfordert, treten mit noch größerer Dringlichkeit in Kraft. Also ist die Arbeitszeit so lang, wie der Geschäftsbedarf des Kapitalisten es erfordert. Schichten, Überstunden – überhaupt „Flexibilität“ – sind mit der „Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit“ ebensowenig hinfällig, wie der Normalarbeitstag in irgendeinem Verhältnis zu dieser Entwicklung kürzer wird.
- *Reduziert* wird nicht die *Mühsal* der durch die moderne Industrie angewandten Arbeitskräfte, sondern erstens der *Lohn* im Verhältnis zu den Wertsummen, die die Arbeit bewegt und vermehrt; und zweitens die *Anzahl der Arbeitskräfte*, die in den Genuß einer „Beschäftigung“ gelangen und sich ihren Lebensunterhalt verdienen können. Das Kapital produziert unter denen, die von Lohnarbeit leben müssen, eine *industrielle Reservearmee*. Nicht, weil es versäumt oder unfähig ist, „Arbeitsplätze zu schaffen“, sondern weil es Lohnarbeit so und nur so anwendet, wie es seiner Verwertung zuträglich ist. Die Produktivkräfte der Arbeit entwickelt es, um den in Geld gemessenen Reichtum als Privateigentum zu mehren. Als Nebenberuf hat Marx den Arbeitslosen, die ihre Arbeitskraft nicht verkaufen und betätigen dürfen, aber irgendwie erhalten müssen, eine Funktion nachgesagt: daß sie als auf jeden Pfennig angewiesene Arbeitskräfte die Konkurrenz unter ihresgleichen um „Arbeitsplätze“ beleben und die Freiheit der Kapitalisten, den Preis der Arbeit unter den Wert der Arbeitskraft zu drücken, erweitern. Mit dieser Auffassung

ist der Theoretiker des Mehrwerts selbst noch im 20. Jahrhundert akzeptabel: Was er für eine *Notwendigkeit* des Einsatzes von variablem Kapital hielt, gilt heute als ein Brauch, an dem festgehalten werden muß: Vor dem Los der Reservearmee gehört die Arbeitskraft, die benützt und ruiniert wird, zu den Privilegierten – und wegen der Arbeitslosen haben die „Beschäftigten“ ihre Beschwerden und Ansprüche zu unterlassen.

6. Aufgrund der Mehrwert-Lehre konnte Marx auf eine Theorie der „Leistungsgesellschaft“ verzichten. Die unvermeidlichen Auswirkungen auf das Leben, für das Lohnarbeiter arbeiten, hat ihm eine Theorie der „Konsum- und Freizeitgesellschaft“ erspart.

Strenger Werttheoretiker, der er war, hat er schon frühzeitig von der damals naheliegenden, aber verkehrten Lehre Abstand genommen, der Arbeitslohn sei nichts weiter als eben das *Existenzminimum*. Es reichte ihm schon, beweisen zu müssen, daß eine ansehnliche Masse der für Lohnarbeit vorgesehenen Klasse auf das Existenzminimum reduziert wird und kaputtgeht. Ebenso war ihm klar, daß die kapitalistische Produktion – eben wegen des relativen Mehrwerts – auch den Wert *der* Waren senkt, die in den Arbeiterhaushalt Eingang finden. So daß sich der Umkreis der Lebensmittel, die sich ein Arbeiter im Dienste des Kapitals leisten kann, erweitert. Insofern hat er der modernen Theorie vorgearbeitet, die darauf besteht, daß Arbeiter vor hundert Jahren weder mit Fernsehern noch Klospülung gesegnet waren.

Andererseits hat ihm nicht eingeleuchtet, daß damit der schiere Luxus in den Reihen derer ausgebrochen sein soll, deren Einkommensquelle die Lohnarbeit ist. Für diesen Glauben geben die Bestimmungen der Ware Arbeitskraft, des variablen Kapitals, einfach nichts her. Diese führen nur auf die im Kapital liegenden Gründe für die unabweisbare Tatsache, daß Lohnarbeiter einfach auf keinen grünen Zweig kommen.

a) Die Unterwerfung der Arbeit unter den Bedarf des Kapitals ist der rücksichtslose Verbrauch der Arbeitskraft. Das Individuum, das als solche benützt worden ist, hat deshalb zuerst, bevor die große Freiheit des Lebens anfängt, damit zu tun, sich wiederherzustellen. Seine freie Zeit und Kraft auf der einen Seite, das verdiente Geld auf der anderen sind der *Reproduktion* gewidmet. Diese merkwürdige Beschäftigung fällt zwar ganz ins Privatleben, betrifft aber all die *Notwendigkeiten*, die sich aus den Anstrengungen im Beruf so ergeben. Diese Notwendigkeiten zu vernachlässigen bedeutet, sich zu vernachlässigen und die Tauglichkeit als Arbeitskraft dazu.

b) Die Mittel, Zeit und Geld, sind begrenzt. Nicht, weil das immer so ist, sondern durch die dem Kapital abgelieferte Leistung und den dafür zugestandenen Lohn. Die Kunst des Einteilens ist schon auf dem Felde des Notwendigen gefordert, noch bevor sie im Bereich der eigentlich freien Betätigung ihr Recht verlangt.

c) Außerdem zeitigt nicht nur die produktive Betätigung beim „Arbeitgeber“ ihre (Nach-)Wirkung auf die Gestaltung der freien Zeit; der „Arbeitnehmer“ ist aus der Marktwirtschaft mit ihren Gesetzen noch lange nicht entlassen, wenn er den Betrieb verläßt. Er ist konfrontiert mit einem wohlorganisierten Kommerz, der seine Kaufkraft in Anspruch nimmt. Er begegnet einem Grundeigentum, das diese Kaufkraft zu einem guten Teil per Mietzins beschlagnahmt. Er wohnt nicht nur in einer Wohnung,

sondern auch in einem Staat, der für den Schutz des gedeihlichen Zusammenwirkens von Lohnarbeit und Kapital, außerdem für öffentliche Aufgaben höheren Kalibers seinen gerechten Tribut fordert; selbstverständlich hat der Staat ein Recht darauf, die Dienste der Lohnarbeit auch für auswärtige Unternehmungen in Anspruch zu nehmen (modern: Eingreiftruppen, Wiedervereinigung und andere Verantwortungen für die Welt). Und zwar ohne sich danach zu erkundigen, ob der Arbeitsmann die Unternehmungen, für die die öffentliche Hand Finanzbedarf anmeldet, auch bestellt hat; und schon gleich gar nicht, ob er sie sich leisten kann. Der Staat bedient sich einfach am historischen und moralischen Element des Lohnes, das allemal in die nationale Zuständigkeit fällt.

*

Es ist überhaupt kein Wunder, daß den Lobrednern des kapitalistischen Wohlstandes ebensoviele Beschwerdeführer gegenüberstehen, die von finanziellen Belastungen und Streß künden. Die einen vermelden unablässig ihr gar nicht wohlmeinendes Staunen darüber, wieviel sich Leute – *obwohl* es sich doch bloß um Lohnabhängige handelt – leisten. Die anderen geben feinsinnig zu bedenken, wie schwer es eben denselben Figuren fällt, sich ihren Wohlstand zu genehmigen und zu erhalten. Marx würde auch heute an dieser open-end-Diskussion nicht teilnehmen. Denn die Ausgestaltung der Lohnarbeiterfreizeit beschränkt sich auf eine sehr fragwürdige Teilhabe an den Genüssen, die das Kapital gegen gutes Geld anbietet. Einerseits sind diese Genüsse zugänglich, auch für das Geld, das in seiner Funktion als Zirkulationsmittel den Geldbeutel des Lohnarbeiters passiert. Andererseits erlaubt die Kaufkraft des Geldbeutels samt der zu ihr gehörigen Techniken des Schuldenmachens und Sparens nie mehr, als die Konjunkturen von Kapital und Staat zulassen. Drittens werden alle Bemühungen des Sich-Einteilens daran zuschanden, daß die maßgeblichen Instanzen der Marktwirtschaft sich an Lohn und Leistung bedienen. Weswegen viertens der „Wohlstand“ eben doch nur als Durchschnitt existiert, unter dem erstaunlich viele auf Lohnarbeit festgelegte Leute liegen. Fünftens schließlich zeugt noch nicht einmal der Besitz eines Autos plus Surfbrett davon, daß die Reproduktion gelungen ist. Spätestens seit der erfrischenden Debatte über die ‚neue Armut‘, die mit der anderen über Gesundheit und Umwelt konkurriert, steht nämlich fest: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“

7. Daß Lohnarbeiter nicht arbeiten, um zu leben, sondern umgekehrt ihr ganzes Leben darauf einstellen, die Arbeit und ihre Folgen für die Reproduktion auszuhalten – dafür sorgt das Kapital durch ihre Benützung. Der Tatsache, daß es je nach Konjunktur Lohnarbeiter gibt, die es nicht aushalten, tragen allerlei Verlautbarungen über rührende „Einzelschicksale“ Rechnung. Daß es notwendigerweise immerzu und überall zu Massenschicksalen dieses Typs kommt, hat nicht nur Marx gewußt, sondern auch der Staat bedacht.

Auch ohne in den Genuß gekommen zu sein, die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung kennenzulernen, war für Marx die soziale Ader der öffentlichen Gewalt kein Geheimnis. Was er in Sachen Arbeits- und Fabrikgesetzgebung, die Beschränkung des Arbeitstages und den Erlaß gewisser Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften

betreffend, erleben durfte, bestach nämlich durch dieselbe Logik wie der moderne Sozialstaat.

Prinzipiell, und das heißt zuallererst, gelten die Grundrechnungsarten, also die Freiheiten des Kapitals. Die Indienstnahme der Lohnarbeit durch das gesetzlich geschützte Privateigentum ist zur ökonomischen Grundlage der Nation erklärt. In zweiter Linie zeitigt die Wahrnehmung des Rechts auf Mehrarbeit, die Behandlung der eigentumslosen Mehrheit als variables Kapital Folgen. Solche, die die Benützung der Arbeitskraft in Frage stellen, weil sie sie unbrauchbar machen. Das stachelt den *Klassenstaat* zu sozialen Bedenken und Taten an. Als *Sozialstaat* dringt er auf die Erhaltung seiner Geschäftsgrundlagen. Dabei hat er sich einen guten Ruf erworben, weil manche der einschlägigen Maßnahmen schlicht Beschränkungen des rücksichtslosen Umgangs mit den Lohnabhängigen darstellten. Auf der Grundlage dieses guten Rufes sind von Sozialisten zu sozial denkenden Staatsmännern aufgestiegenen Verfechtern der Marktwirtschaft noch ganz andere Sachen eingefallen.

Ihr Mitleid mit der arbeitenden Klasse, die *nicht einmal zu ihrer Reproduktion* in der Lage ist, ist tätig geworden, ohne dem Kapital in die Quere zu kommen. Für alle höchst absehbaren Fälle, in denen Lohnarbeiter einzeln und massenweise zur Unbrauchbarkeit verurteilt sind, gibt es im modernen Staat eine zwangsverordnete Solidarität. Krankheit, Invalidität, Alter, Reservearmee – eben alle Sorten der *Verelendung*, denen Arbeitskräfte des Kapitals so unterliegen – erfreuen sich der Fürsorge einer staatlichen Kasse. Die Einzahlungen stammen aus dem Lohn der arbeitenden Klasse, die „Leistungen“ unterliegen den Rechnungen, die der Staat im Umgang mit *seinem* Geld und seinen Schulden so pflegt. Das geht in Ordnung. So wie es das Kapital versteht, mit der Form des Arbeitslohns die Bezahlung der Arbeitskraft von deren Bedürfnissen gründlich zu trennen, verfährt auch die oberste Aufsichtsbehörde mit den lädierten Lohnarbeitern. Erhalten werden sie wegen ihrer Fähigkeit, das Geld zu vermehren; wenn sie Geld kosten, verfehlt die Veranstaltung ihren Zweck. Und die Kritiker des „Sozialabbaus“ müssen sich den Hinweis auf einen weiteren Sachzwang gefallen lassen.

Allen, die von der „Überwindung“ des Klassenstaats durch den Sozialstaat begeistert sind, leuchtet ein Argument ein: Daß für manches Mitglied der Solidargemeinschaft *ohne* dieselbe längst Feierabend wäre. Was ihnen zu den Ausgemusterten einfällt, die *mit* dem Sozialstaat anfallen, bezieht sich wohl mehr auf die Nöte der Staatskasse als auf die „der Menschen“.

8. Eine weitere Leistung des Sozialstaats besteht in der Zulassung von *Gewerkschaften*. Auch über diesen organisierten Versuch, den Lohnarbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen, hat sich Marx den Kopf zerbrochen. Der Logik des „ohne wäre es noch schlimmer“ hat er sich auch hier nicht angeschlossen. Noch nicht einmal in der meistzitierten Äußerung zur „Gewerkschaftsfrage“:

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern,

statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“

Die Sache mit den guten Diensten würde er sich heute wohl verbitten. Es bliebe nur noch ein ziemlich unsachgemäßer Gebrauch der Gewerkschaftsmacht. Der besteht darin, daß Gewerkschaften immerzu so tun, als wären die fristgemäß einberufenen Verhandlungen über die *Festlegung* des Preises der Arbeit etwas ganz anderes. Nämlich die periodische Korrektur der Sünden, die Kapital, Markt und Staat (modern: Arbeitsproduktivität und Inflation) am Wert der Arbeitskraft begangen haben. Dies zeugt nicht nur davon, daß moderne Gewerkschaften auf einen „gerechten Lohn“ nichts kommen lassen; diese Organisation der Werktätigen im Kapitalismus gibt auch noch vor, daß in Tarifrunden über die *Verteilung des Reichtums* entschieden würde. Als wäre unter dem Regime des Privateigentums, das die Ware Arbeitskraft benützt, vernützt und ausmustert, zu klären, welche Anteile welchem Stand an einem – gar nicht vorhandenen – Konto oder Topf gebühren!

Dabei rechnet die Gewerkschaft das Recht auf einen gerechten Lohn strikt aus der Erfolgsbilanz des Kapitals zusammen. Die *Produktivität der Arbeit*, die sie als guten Grund für einen besseren Tarif wuchtig in Anschlag bringt, ist schon die *Profitrate* des Kapitals. So daß die Geschäftsgrundlage eines Lohns, der sein Recht nur im Überschuß der anderen Tarifpartei weiß, besiegelt ist. Also auch die „*Ohnmacht*“ anerkannt ist, Arbeitsplätze und Verpflegung für Lohnabhängige zu spendieren, solange es sich nicht rentiert.

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, daß die modernen Gewerkschaften in ihrem Ansinnen, die *Verteilung* ins Lot zu bringen, zu Höherem fähig sind. Sie kümmern sich allen Ernstes um die *Fähigkeit* der Kapitalisten, den Lohnarbeitern etwas zukommen zu *lassen*. Und wirken mit an der korrekten Führung der Geschäfte – Mitbestimmung und Kritik sind dasselbe –, und das alles im Namen der Lohnarbeit, an deren Mission, „das Wachstum“ zu fördern, kein Zweifel besteht. Was die anfallenden häßlichen Sozialfälle der gewerkschaftlich schwer zu vertretenden Art angeht – der landesübliche Pauperismus! –, haben diese Organisationen der Arbeiterklasse im Sozialstaat ihren kongenialen Partner. Den können sie höchstens noch davor warnen, daß zu viele Arbeitslose wie schon einmal die Sicherheit der politischen Aufsicht gefährden.

Darüber sind Gewerkschaften allerdings schon zu „Sammelpunkten“ geworden – für Nationalisten. Denen ist der Arbeitslohn egal, und der Nation opfern sie auch ein bißchen mehr als bloß das historische und moralische Element des Lohnes.

*

Ärgerlich an solch orthodoxem Marxismus ist nur, daß er sich zwar *in* Deutschland blamiert, aber überhaupt nicht daran, wie in dieser Nation die nützliche Armut von Lohnarbeitern organisiert wird.

Aus: GS 2-92